

Selbsterklärung im Zusammenhang mit EU-Maßnahmen gegen die russische Föderation

Unternehmen / Antragsteller*in: _____

Antragsnummer: _____

Im Zusammenhang mit den umfassenden EU-Maßnahmen gegen die russische Föderation nach der **Verordnung (EU) 2022/328** in Verbindung mit den **Verordnungen (EU) Nr. 833/2014** und **(EU) Nr. 269/2014** erkläre ich bzw. das antragstellende Unternehmen hiermit wahrheitsgemäß, dass ich bzw. das antragstellende Unternehmen

- die Verordnung (EU) 2022/328 vom 25. Februar 2022 zur „Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren“ (veröffentlicht in: Amtsblatt der Europäischen Union, L 49/1) sowie die Vor-Verordnungen zur Kenntnis genommen habe,
- insbesondere die in diesen EU-Verordnungen angeordneten Ausfuhrbeschränkungen für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und Beschränkungen für die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen sowie Ausfuhrbeschränkungen für bestimmte Güter und Technologien, insbesondere auch über die Bereitstellung von Finanzmitteln oder Finanzhilfen, kenne und beachten werde,
- keine Beziehungen geschäftlicher oder privater Art zu den in den vorgenannten EU-Verordnungen gelisteten und damit sanktionierten juristischen und natürlichen Personen unterhalte,
- nicht an Vorgängen zur Umgehung des sanktionsrechtlich statuierten Verbots der Bereitstellung von Ressourcen an die in den vorgenannten EU-Maßnahmen gelisteten und damit sanktionierten juristischen und natürlichen Personen beteiligt bin bzw. ist,
- bei künftigen Listungen von natürlichen und juristischen Personen in den vorgenannten EU-Maßnahmen,
 - a) solche Personen, zu denen Beziehungen geschäftlicher oder privater Art gepflegt werden, im Rahmen der bestehenden Mitwirkungspflichten umgehend an die BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH melden werde und
 - b) keine Beteiligung an den Vorgängen zur Umgehung des sanktionsrechtlich statuierten Verbots der Bereitstellung von Ressourcen an solche Personen erfolgen wird.

Mir ist bewusst, dass bei Unwahrheit der obigen Angaben ein Verstoß gegen die vorgenannten Rechtsakte, Gesetze und Regularien vorliegt. (Nachträglich festgestellte) Handlungen entgegen dieser Erklärungen bzw. Falschangaben können aufsichtsrechtlich erforderliche Verdachts- und Sanktionsmeldungen sowie Strafanzeigen durch die BIS an die zuständigen Stellen zur Folge haben.

Des Weiteren können eine Nichtbeachtung bzw. Einhaltung dieser Erklärungen eine Kündigung der Geschäftsbeziehung durch die BIS zur Folge haben.

Ort, Datum	Stempel / Unterschrift(en) Unternehmen / Antragsteller*in
------------	---